



Gesundheit ist ein hohes Gut

Im Gesundheitswesen ist vieles zu beanstanden

(März 2019)

Der kranke Bürger kann nicht nachvollziehen, warum die Mauern zwischen Krankenhäusern und Arztpraxen bestehen. Insbesondere dann, wenn der Hilfesuchende möglichst schnell ärztlich- fachkompetende Behandlung und Beratung benötigt. Das gilt insbesondere dann, wenn ein Notfall zur Erstversorgung vorliegt.

Es ist die berechtigte Frage an den Gesetzgeber zu stellen, warum nicht längst Versorgungszentren bundesweit geschaffen wurden. Auch gegenwärtig ist das für die deutsche Politik kein Thema. Das Einzelpraxissystem ist in Wirklichkeit doch längst überholt. Es ist kein Geheimnis, dass die junge Generation im Team arbeiten möchte. Die Anwesenheiten im Versorgungszentrum sind dadurch sehr viel einfacher zu regeln. In den nächsten Jahren gehen viele Praxisinhaber in den Ruhestand. Überwiegend Ärztinnen werden in der Zukunft auf den Gesundheitsmarkt drängen. Es ist vorauszu- sehen, dass ein gutes Einkommen sicher auch weiterhin angestrebt wird. Aber es wird zukünftig nicht die einsame Priorität bei der Berufsausübung haben. Vielmehr sind flexible Arbeitszeiten, also auch genügend Freizeit und Teamarbeit dann wichtige Voraussetzungen. Nur so wird die Politik die auf dem flachen Land vorhandene Misere der fehlenden Arztversorgung beheben können.

Bei Vorlage der Versicherungskarte hat jeder Bürger das Recht, einen von ihm gewählten Facharzt aufzusuchen. Dadurch entstehen sehr oft Doppel- und Dreifach- Untersuchungen, die erheblichen Ausgaben für die Beitragszahler bei den Krankenkassen zur Folge haben. So ergeben sich u.a. dafür jährliche Beitragssteigerungen für die Versicherten. Eine Reihe weiterer Gründe ist für die jährlichen Erhöhungen verantwortlich. Insbesondere fehlt die digitale Patientenakte, damit Röntgenbilder, Laborbefunde, Diagnosen, Allergien und Medikamente gespeichert werden. Bis heute sind die Therapien und Krankheitsfeststellungen im Gesundheitswesen verstreut bei den niedergelassenen Ärzten. Ein fachbezogener Austausch zwischen den behandelnden Stellen der niedergelassenen Ärzte einerseits und Krankenhausleistungen, einschließlich festgestellter Diagnostik, andererseits fehlt bis heute. Deutschland hinkt im internationalen Vergleich weit hinterher. Elektronische Rezepte, elektronische Krankschreibungen und vor allem elektronische Krankenakten sind Themen seit Ende der 90er Jahre, die von den maßgeblichen Behandlern (den Verbänden) torpediert werden. Länder wie Dänemark oder Estland lachen uns aus.

Natürlich werden die Ausgaben im Gesundheitswesen steigen müssen. Die Frage ist nur, wir wollen zwar den medizinischen Fortschritt, aber die Ausweitung der Angebote, vor allem durch Kliniken und Praxen sollte gestoppt werden. Mit Recht fragt der Leser, wer soll gegen die Ausweitung der Angebote und Preiserhöhungen einschreiten. Selbstverständlich ist dafür die Gesundheitspolitik zuständig. Leider befürchten diese Politiker Konsequenzen bei Wahlen. Deshalb ist es letztlich eine gesetzgeberische Aufgabe.



Gesundheit ist ein hohes Gut

Eine Rationierung von Gesundheitsleistungen in der Zukunft ist nur dann zu vermeiden, wenn Ärzte und Patienten sich ehrlich machen und klären, was wirklich sinnvoll ist. Weniger an Leistungen ist sehr oft nötig, zumal dadurch unerwünschte Nebeneffekte verhindert werden können. Wie oft höre ich davon, dass ältere Patienten mehr als fünf Medikamente täglich einnehmen. Dabei ist völlig unklar, was die verschiedenen Wirkstoffe im Körper auslösen. Die Gefahr besteht wohl zurecht, dass Patienten durch Übertherapie geschädigt werden.

Liebe Politik, es ist viel zu tun, packen Sie es noch rechtzeitig an, denn noch ist es nicht zu spät. Viel Zeit hat diese Gesellschaft aber nicht mehr, denn die sich eines Tages zeigende Rezession bei Handel und Wirtschaft wird schlimme Auswirkungen haben, auch im Gesundheitswesen.

Bad Bevensen, im März 2019

Günter Steffen